

Liberalismus gegen Rechtspopulismus

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

»Man liebt nur, was einen in Freiheit setzt«¹ Kaum ein Satz könnte besser die Sehnsucht vieler Menschen nach über zwei Jahren Pandemie zum Ausdruck bringen.

Sich heute mit der Zukunft des Liberalismus zu befassen, sollte eigentlich ganz einfach sein. Noch nie gab es in Friedenszeiten so viele Freiheitsbeschränkungen wie während der Coronapandemie, noch nie wurde so lange mit Verordnungen regiert und das Parlament zum Zaungast gemacht, noch nie waren Schulen so lange geschlossen und die Universitäten verwaist und noch nie wurde so nachdrücklich um eine Impfpflicht gestritten. Eine Impfpflicht für alle Menschen ab 18 Jahren – das ist eine große Frage in Deutschland, in dem das Bundesverfassungsgericht das Recht auf Kranksein aus den Grundrechten der körperlichen Unversehrtheit und der allgemeinen Handlungsfreiheit, der Selbstbestimmung abgeleitet hat. Eine solche Debatte wäre vor einigen Jahren unvorstellbar gewesen.

In dieser Ausnahmesituation, in der der Staat als Risikomanager in einer Verantwortung war, der er mal recht, mal schlecht nachgekommen ist; in dieser Zeit, in der auch die politischen Versäumnisse früherer Jahre gnadenlos sichtbar wurden – etwa die ungenügende digitale Infrastruktur in den Schulen und Gesundheitsämtern; in dieser Zeit müssten die Bedingungen für einen erstarkenden Liberalismus ideal sein, der machtvoll auf die Freiheit des Einzelnen setzt – ganz im Geiste Friedrich Schillers. Sich auch in Zeiten einer Pandemie für die Freiheit einzusetzen, sollte für Liberale selbstverständlich sein. Der Liberalismus beruht auf einem Bild vom Menschen, der sich vernunftgesteuert frei entfalten können soll und seiner Verantwor-

1 Vgl. Schiller, Friedrich: Man liebt nur, was einen in Freiheit setzt! Wiesbaden: marixverlag 2013.

tung in einer pluralen Gesellschaft gerecht wird. »Wir werden frei geboren, um frei zu sein«, formulierte Hannah Arendt.²

Freiheit ist jedoch nichts Absolutes. Freiheit ist eine regulative Idee, und regulative Ideen sind immer situations- und zeitgebunden. Deshalb ist es grundsätzlich kein Problem, dass die Grenzen der Freiheit immer wieder neu ausgehandelt werden. Wenn allerdings Freiheit nicht mehr als etwas verstanden wird, was dem Individuum zukommt, sondern der Gesellschaft als Ganzes, dann ist das ein grundlegender Paradigmenwechsel. Die Erfahrungen aus der Geschichte zweier Diktaturen haben gerade uns Deutschen gezeigt, wie wichtig es ist, den Begriff der Freiheit und der Würde an das Individuum zu knüpfen. Sollten jetzt die Begriffe der Freiheit und der Würde vom Individuum entkoppelt und auf ein Kollektiv übertragen werden, dann wäre das mit großen Gefahren verbunden. Die Anliegen und berechtigten Interessen des einzelnen Menschen müssten grundsätzlich hinter einem behaupteten Allgemeinwohl der Gesellschaft zurücktreten. Diese Grundhaltung prägt den Populismus von rechts wie von links. Liberale sollten sie sich nicht zu eigen machen.

Dem Rechtspopulismus geht es um die Freiheit des Kollektivs

Der Rechtspopulismus propagiert die absolut gesetzte Freiheit des Kollektivs. Das als homogen gesetzte Volk soll frei von allem sein, was der Durchsetzung seines Gemeinwillens nicht dienlich ist. Damit wäre auch dem Bedarf an personaler Freiheit Genüge getan, weil in der homogenen Gemeinschaft der Einzelwille im Gemeinwillen aufgehoben ist. Unter Berufung auf tatsächliche oder vermeintliche Missstände werden die gesellschaftlichen Eliten als Antagonisten des Volkes, ja als Verräter des Volkes, verantwortlich gemacht. Dazu reicht ein »ideologisches Minimum«, das nicht zufällig an das Denken Carl Schmitts erinnert. Es entstammt einer Vorstellung, wonach sich Politik allein aus dem Antagonismus von Freund und Feind generiert.

Wir haben es hier mit einer von einem ethnisch-homogenen Volkskörper ausgehenden Vorstellung von Politik zu tun, deren Aufgabe darin bestehe, das Eigene vor dem Fremden, das Wir vor dem Anderen und das Volk vor den Eliten zu schützen. Politik wird als ein der Reinigung des Eigenen von

2 Vgl. Arendt, Hannah: Die Freiheit, frei zu sein, München: dtv 2018.

allem Fremden dienender kathartischer Prozess begriffen, wodurch erst der wahre Wille, der Gemeinwille des homogenen Volkes, die *volonté générale*, zur Geltung gebracht werde.

An der Anlehnung an Carl Schmitt lässt sich die politische Stoßrichtung des Rechtspopulismus und seine Gefährlichkeit für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung besonders gut deutlich machen. Denn es ist nicht nur das auf Exklusion beruhende Politikverständnis, sondern auch die Verachtung des Grundgesetzes mitsamt dem nach dem Ende des zweiten Weltkriegs einsetzenden Verfassungsdenken, das den heutigen Rechtspopulismus mit dem Denken Carl Schmitts verbindet. Mit der gleichen Arroganz und Unbelehrbarkeit, mit der Carl Schmitt 1933 angesichts der Regierungsübernahme durch Adolf Hitler jubilierte, dass nun endlich »die Reste des (verhassten) liberal-demokratischen Systems immer mehr versinken«, glaubte er in seinen Nachkriegspublikationen, die Verfechter des Grundgesetzes als »Grundgesetzler« verspotten und die Grundrechte des Grundgesetzes als »unveräußerliche Eselsrechte« verhöhnen zu können.

Die Völker aus dem Gefängnis der freiheitlich-demokratischen Verfassungen, die Deutschen aus dem Gefängnis des Grundgesetzes zu befreien, genau darin sieht der Rechtspopulismus seine historisch legitimierte Mission. Der Rechtspopulismus wendet sich radikal gegen all jene Vorkehrungen, die die Autorinnen und Autoren der neueren Verfassungen in Europa und die die Eltern des Grundgesetzes 1949 als Sicherungen gegen ein erneutes Abgleiten in den Unrechtsstaat vorgesehen haben.

Diese Vorstellung vom Staat, die Überhöhung des deutschen Volkes und die auf Ausgrenzung allem Nichtdeutschsein angelegte politische Vorstellung ist eine Kampfansage an den Liberalismus. Der von den Rechtspopulisten angestrebte Autoritarismus zielt auf die Schwächung von Institutionen des demokratischen Rechtsstaats und der öffentlichen Kritik – Parlamente, Oppositionsparteien, unabhängige Gerichte und freie Medien.

Liberalismus muss sich dem Rechtspopulismus entgegenstellen

Diesem zerstörerischen Rechtspopulismus muss sich der Liberalismus mit aller Macht entgegenstellen. Da darf es keinerlei Unsicherheit und keine Verzagtheit geben. Das ist eine seiner großen Aufgaben heute.

Aus den großen philosophischen Ideen des politischen Lebens mit seinen Ursprüngen in der Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts, im Vormärz des 19. Jahrhunderts sowie seinen Transformationen im 20. Jahrhundert sind das Recht auf politische Teilhabe, das Prinzip der Selbstentfaltung und Selbstbestimmung, die mit den Mitteln des Rechtsstaats durchsetzbaren Freiheitsrechte und die ökonomische Selbstständigkeit in einer diskriminierungsfreien Gesellschaft hervorgegangen. Sie sind zentrale Elemente des Liberalismus.

Für Liberale ist Freiheit zunächst einmal von vornherein da. Sie unterwerfen Entscheidungen einer Freiheitsverträglichkeitsprüfung. Einschränkungen sind nach diesem Verständnis das letzte Mittel. Die Freiheit des Einen beschränkt notwendigerweise die Freiheit des Anderen. Diese Wechselwirkungen machen ständige Abwägungen notwendig, genauso wie die Spannungen gegenüber anderen Staatszielen wie der inneren Sicherheit. Genau diese Reibungen erleben wir in der Pandemie. Die Funktionsfähigkeit des staatlichen Gesundheitssystems wird zur Begründung von massiven, wenn auch befristeten Freiheitsbeschränkungen herangezogen. In vielen Fällen werden angesichts der Gesundheitsgefahren für besonders vulnerable Menschen die Freiheitseingriffe als verhältnismäßig bewertet – auch von den Gerichten.

Gefährdungen der Freiheit

Der politische Liberalismus heute ist durch die tiefen Risse in unserer Gesellschaft, durch die Rohheit und Radikalisierung der Kommunikation, durch Soziale Medien als Hasstreiber, durch die Cancel Culture mit ihrer Gefahr für die Wissenschaftsfreiheit und durch eine Ausgrenzung befördernde Identitätspolitik herausgefordert. In diesen Entwicklungen liegen große Gefahren für die Selbstbestimmung des Einzelnen, der sich vielleicht nicht mehr traut, sich am für die Demokratie so wesentlichen Diskurs und dem Ringen um die richtigen Lösungen zu beteiligen. Hass und Hetze gegen Politikerinnen und Politiker können zu einer Gefahr für unsere repräsentative Demokratie werden. Die Pandemie hat Menschen zum grundsätzlich legitimen Protest getrieben, der aber dann gefährlich wird, wenn er von anderen instrumentalisiert wird, wie es bei den Rechtsextremen der Fall ist.

Dass Freiheit ein bestimmender Wert des Liberalismus ist, bedarf keiner Erklärung. Aber dass sie nicht mit dem absoluten Anspruch der Durch-

setzung um jeden Preis zu verstehen ist, mag manchen nicht einleuchten. Sie verkürzen den Freiheitsbegriff, in dem sie die Verantwortung nicht als denknotwendig verbunden mit der Freiheit begreifen. Verantwortung für sich selbst, aber in einer Zivilgesellschaft auch für den anderen, auch für die Zukunft der künftigen Generationen.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner grundlegenden Entscheidung zum Klimaschutz genau diese Verantwortung herausgearbeitet.³ Zur Wahrung grundrechtlich gesicherter Freiheit hätte der Gesetzgeber Vorkehrungen treffen müssen, um die hohen Lasten durch die Emissionen abzumildern. Ein freiheitsschonender Übergang in die Klimaneutralität müsse gewährleistet werden. Also entfalten die Verpflichtungen aus dem Staatsziel Umweltschutz des Art. 20a des Grundgesetzes auch Wirkungen für die Freiheitsrechte der künftigen Generationen.

Zum Liberalismus gehört also, dass der Staat so wenig wie nötig in die Freiheitsrechte eingreifen sollte, aber genauso, dass der Staat nicht zu eigenmächtig wird. Für den Liberalismus ist staatliche Zurückhaltung ein immanenter Bestandteil. Aber eine einseitige Fokussierung gegen den Staat, die in jeder nahegelegten Beschränkung einen unverhältnismäßigen Eingriff und in jeder verbindlichen Vorgabe die Ermächtigung zu denunzieren sieht, ist kein Dienst an der Freiheit und schon gar kein Ausweis mutigen Denkens. Das Ringen um die Aufgaben und um das notwendige Handeln des Staates sind permanente Herausforderungen, denen sich der Liberalismus nicht entziehen kann.

Mit der Pandemie und der zunächst zentralen Rolle des Staates als Akteur und Manager haben sich Teile der Bevölkerung an die Beschränkungen gewöhnt und an einen Staat, der – streckenweise sogar ohne parlamentarische Kontrolle – das Heft des Handelns in die Hand genommen hat. Das haben Umfragen gezeigt. Das muss noch nicht zu allzu großer Sorge Anlass geben, wenn diese Haltung nach Ende der Pandemie nicht beibehalten wird. Wenn sich aber aus der pandemischen Sondersituation die »neue« Normalität mit dem Staat als generellen Problemlöser für möglichste viele Angelegenheiten wird, gibt es Anlass zur Sorge. Und wenn sich daraus ein grundsätzlich anderes Verständnis der liberalen Demokratie entwickeln würde, dann ist berechtigter Anlass zu großer Sorge.

3 Vgl. Bundesverfassungsgericht: Zum Beschluss des Ersten Senats vom 24.3.2021.

Freiheit oder umfassende Absicherung

Nicht nur in Zeiten der Pandemie steht das Bedürfnis nach möglichst umfassender Absicherung in direkter Opposition zur freiheitlichen Gesinnung.

An tiefe Grundrechtseingriffe darf man sich nicht gewöhnen, denn das kann zu einer Entwicklung führen, in der es zur Überdehnung staatlicher Befugnisse kommt, die unverzichtbaren Abwägungen zwischen kollidierenden Grundrechten gar nicht mehr vorgenommen werden und letztendlich die verfassungsrechtlichen Grundrechte nur noch auf dem Papier bestehen.

Das Menschenbild des Grundgesetzes – geprägt von Würde, Vernunft, Selbstbestimmung in allen Lebenslagen – würde nicht mehr der politischen Realität entsprechen. Das Postulat der Freiheit könnte dann auf die Ökonomie reduziert werden. Den ungebremsen Marktmechanismen würden die bevormundeten Bürger gegenüberstehen. Ergebnis wäre die Teilbarkeit der Freiheitsrechte – unternehmerische Freiheit, berufliche Selbstverwirklichung und weitgehend ungehemmte wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten stünden die Begrenzung der Meinungsfreiheit, die Einschränkung des lästigen Demonstrationsrechts und eine Integrationspolitik nach reinen Nützlichkeitsgesichtspunkten gegenüber.

Ein dermaßen verkürztes Liberalismusverständnis trägt autoritäre Züge und widerspricht dem ganzheitlichen Freiheitsanspruch. Es ist zu sehen, wohin diese Tendenz in anderen europäischen Mitgliedstaaten geführt hat. Unter den schon in sich widersprüchlichen Begriffen der »illiberalen Demokratie« verbirgt sich eine verformte Demokratie, die nicht auf den Grundsätzen der Gleichberechtigung, des Minderheitenschutzes, der Unabhängigkeit der Justiz und der unkontrolliert recherchierenden Journalisten und unabhängigen Medien fußt. Diese für eine liberale Demokratie unverzichtbaren Institutionen werden dem politischen Willen der Regierenden untergeordnet und die Opposition in ihren Rechten behindert. Der materielle Rechtsstaat mit unabhängigen Richterinnen und Richtern gehört aber unverzichtbar zum Liberalismus. Seine Funktionsfähigkeit hat der Staat zu garantieren.

Dem Liberalismus ist zu eigen, dass über die großen Fragen unserer Gesellschaft offen und besonnen debattiert wird: analysieren, hinterfragen, reflektieren und diskutieren anstatt denunzieren, beleidigen, manipulieren und Fakten zu Fakes machen, das ist der Anspruch des Liberalismus an die mündigen Bürgerinnen und Bürger. Die Grenzen zur strafbaren Beleidigung

gung, zur Volksverhetzung und zum Aufstacheln zum Rassenhass dürfen dabei genauso wenig überschritten werden wie zur Bedrohung mit Gewalt oder ihrer Anwendung. Natürlich müssen die freie Meinungsäußerung und der Persönlichkeitsschutz in die richtige Balance gebracht werden. Aber Freiheit heißt eben nicht nur »ich will« oder »ich will nicht«. Keine Haltung ist aufgeklärter Liberalität ferner als das Verharren in der pseudo-autonomen Trotzphase des »Ich will aber ...«, der struwelpeterhaften Revolte gegen jede Form notwendiger Einsicht und höherer Urteilskraft. Der Mut, sich des eigenen Verstands zu bedienen, wie es der Aufklärung entspricht, erweist sich deshalb nicht zuletzt darin, eigene Urteilsgrenzen anzuerkennen.⁴

Freiheit kann man nicht nur intellektuell begreifen. Der Wunsch, sich auszudrücken, sich auszuleben, Kontakt mit anderen Menschen zu haben, steckt tief im Menschen. Wenn diese Freiheit drastisch eingeschränkt ist, kann das Menschen krank machen. Auch das erleben wir in der Pandemie: Es gibt die Krankheit durch das Virus. Aber auch der Mangel an Freiheit macht krank – auf eine andere Art. Wir sehen das in den Kinderpsychiatrien, die überlaufen sind; wir merken das an den Hilferufen sozialpsychologischer Einrichtungen.

Der Feind einer Politik der Freiheit ist die Erstarrung in Angst und Sorge vor dem Verlust der Lebendigkeit und um die Zukunft. Die anspruchsvolle Aufgabe des politischen Liberalismus ist es, den Weg zwischen dem falschen Einmütigkeitsversprechen, das gesellschaftliche Konflikte verleugnet, und dem ebenso falschen radikalen Individualismus zu finden.

4 Eilenberger, Wolfram: »Wir brauchen eine neue Aufklärung«, in: liberal 1 (2022).

